



Kompetenzzentrum Öffentliche IT

Forschung für den digitalen Staat

Liadán Sage, Sofie Voigt

Aktionsplan für eine verstärkte Zusammenarbeit von Civic Tech, GovTech und Verwaltung

Am 29. Februar 2024 veranstaltete das Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT) einen Workshop mit Expert:innen aus GovTech, Civic Tech und öffentlicher Verwaltung. Ziel war es, die wesentlichen Hürden in der Zusammenarbeit herauszuarbeiten und hierfür Lösungsansätze und politische Forderungen zu entwickeln. Als Hauptherausforderungen wurden identifiziert:

- Mindset,
- Priorisierung von Zuständigkeiten,
- Standards und
- Vergabe.

Die folgenden von den Praktiker:innen identifizierten Forderungen und Lösungsansätze sind nicht als abschließend zu verstehen. Vielmehr sollen sie den weiteren Diskurs beflügeln und dazu einladen, miteinander konstruktiv ins Gespräch zu kommen.

Mindset



1. Fehlerkultur in der Verwaltung etablieren

Problem: Es wird eine neue Arbeitskultur in der Verwaltung benötigt, die auch Raum für Fehler einräumt. Denn aktuell ist die Sorge bei Verwaltungsmitarbeiter:innen groß, Neues auszuprobieren, aus Angst vor negativen Konsequenzen. Dadurch wird Innovation gehemmt.

Lösungsansatz: Insgesamt muss eine bessere Fehlerkultur etabliert werden, um den Raum für innovative Ideen zu schaffen. Um dies zu erreichen, könnten beispielsweise »Fuck-up-Talks«, bei denen Verwaltungsmitarbeiter:innen sich offen über Fehler und die daraus gezogenen Erkenntnisse austauschen können, sowie neue Belohnungssysteme für innovative Ideen oder gezieltes Coaching eingesetzt werden. Diese Mittel tragen dazu bei, mit Fehlern und Misserfolg konstruktiv umzugehen sowie innovatives Vorgehen zu honorieren.

Good Practice: GeScheiterWeiter (Fuck-up-Night der öffentlichen Verwaltung)

2. Austausch zwischen Akteur:innen fördern

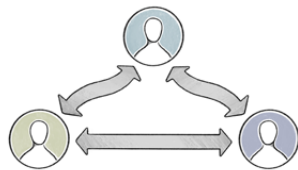
Problem: Die Verwaltung wird häufig als abgeschlossenes System wahrgenommen, das für Außenstehende wie GovTech- und Civic-Tech-Akteur:innen nicht einzusehen ist. Gleichzeitig gibt es nur wenig Austausch der Verwaltung mit diesen Akteur:innen. Der fehlende Kontakt führt dazu, dass die Bedürfnisse der jeweils anderen Seite wenig verstanden werden.

Lösungsansatz: Bestehende Netzwerke für Austausch zwischen Akteur:innen verschiedener Ebenen in der öffentlichen Verwaltung und auch mit GovTech und der Zivilgesellschaft, müssen stärker genutzt und miteinander vernetzt werden. So kann die Verwaltung leichter Zugang zu anderen Arbeitskulturen erhalten. Dafür muss konkret ein Teil der Arbeitszeit auch für

für Vernetzung vorgesehen sein. Auch Hospitationsprogramme und längere Besuche für Beschäftigte des öffentlichen Sektors in Start-ups und Civic-Tech-Organisationen können das gegenseitige Lernen ermöglichen, Verständnis fördern und Silodenken überwinden.

Good Practice: Hospitationen und Austauschprogramme von StaatUp

Priorisierung und Zuständigkeiten



3. Gemeinsam Ziele erarbeiten und Zuständigkeiten klar aufteilen

Problem: Es fehlt an politischen Leitbildern für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die mit klaren Vorgaben verbunden sind. Dadurch fehlt ein klar definiertes Ziel, das zu erreichen ist. Dies wird jedoch als Orientierung für die Verwaltungsmitarbeiter:innen benötigt, um ihre Bedarfe entsprechend zu definieren und sie dazu zu befähigen, gemeinsam mit anderen Akteur:innen des Ökosystems an der Erreichung der Ziele zu arbeiten.

Lösungsansatz: Es braucht Leitbilder, die bottom-up entwickelt und top-down umgesetzt werden. Dafür muss die Fachpolitik das Querschnittsthema Digitalisierung im Kontext der Verwaltung verstehen, als wichtig anerkennen und mit entsprechenden (finanziellen) Ressourcen ausstatten. Verwaltungsmitarbeiter:innen sollten an der Konzipierung der Leitbilder beteiligt werden, bei der Umsetzung wiederum müssen Zuständigkeiten klar zugewiesen werden.

Good Practice: Datenlabore in den Bundesministerien, wie in der Datenstrategie der Bundesregierung vorgesehen

4. Wirtschaftlichkeit und Nutzen zusammen denken

Problem: Zu oft rücken digitale Hypes in den Fokus, bevor der echte Mehrwert für Nutzende bewiesen wird. Dies führt dazu, dass keine langfristige und zielstrebige Strategie verfolgt wird und auch Civic Tech und GovTech somit schwer auf die hypeabhängigen Bedarfe der Verwaltung reagieren können.

Lösungsansatz: Vor (oder zugleich mit) der Beauftragung eines neuen technischen Systems sollte dessen Mehrwert für Nutzen klar sein. Hierzu könnte etwa ein »Business Case Calculator« im Sinne einer systematischen, evidenzbasierten Nutzenabschätzung für digitale Themen eingeführt werden. Bei der Bewertung

der Wirtschaftlichkeit und des Nutzens müssen auch die Datenlage und das Datenmanagement bedacht werden. Dies führt zu einer strategischeren Bewertung neuer Technologien, wodurch auch die Bedarfe besser definiert und berücksichtigt werden können, auf die Akteur:innen aus Civic Tech und GovTech leichter reagieren können.

Good Practice: Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft im BMAS

Standards (technisch und regulatorisch)



5. Vergleichbarkeit von Standards und Lizenzen schaffen

Problem: Datenstandards sind teilweise nicht ausreichend offengelegt und kommuniziert und deshalb innerhalb der öffentlichen Verwaltung nur unzureichend bekannt. Daraus resultieren konkurrierende Datenstandards innerhalb der Verwaltungen sowie eine schwierige Vergleichbarkeit der Daten.

Lösungsansatz: Eine Liste der häufigsten Datenbestände der Kommunen und Länder einschließlich der jeweiligen Lizenzbedingungen und der verwendeten technischen Standards könnte erstellt werden, um eine Vergleichbarkeit herzustellen.

Good Practice: Musterdatenkatalog zu Open Data in Kommunen der Bertelsmann Stiftung, GovData, KDZ und OKF

6. Offene Daten diskriminierungsfrei zur Verfügung stellen und bei Nachnutzung Kommerzialisierung erlauben

Problem: Open-Data-Lizenzen sind teilweise uneinheitlich. Insbesondere eigene, neuentwickelte Lizenzen, wie die »Datenlizenz Deutschland«, sind mit hohem Aufwand in der Prüfung verbunden. Lizenzen, die eine monetarisierbare Nutzung der jeweiligen Daten verbieten, machen besonders aus GovTech-Sicht eine Entwicklung kommerzieller Produkte unattraktiv.

Lösungsansatz: Offene Daten sollten diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden und in ihrer Nachnutzung auch die Kommerzialisierung erlauben. Eine Verwendung von eigenen Lizenzen ist zu vermeiden, international anerkannte Open-Data-Lizenzen sind grundsätzlich zu bevorzugen.

Good Practice: Civic Data Lab des BMFSFJ

Vergabe



7. Möglichkeiten im Vergabeprozess ausnutzen

Problem: Aktuell werden die bestehenden Möglichkeiten der Vergabe an Start-ups, aufgrund von Angst vor Fehlern und teilweise auch Unwissenheit, durch die Verwaltungsmitarbeiter:innen nicht entsprechend genutzt. Gleichzeitig besteht auf Start-up-Seite wenig Wissen über Vergabeverfahren, wodurch ebenfalls die Sorge davor entsteht, an diesen teilzunehmen, da sie mit viel Aufwand, hohen Hürden und ungewissem Ertrag verbunden sind.

Lösungsansatz: Beschaffer:innen müssen mehr Wissen über Möglichkeiten zur Vergabe an Start-ups erhalten sowie Unterstützung durch ihre Führungskräfte bekommen, um hier die Angst vor Fehlern zu nehmen. Wichtig wäre es zum Beispiel, den Mitarbeiter:innen Zeit für Markterkundung durch Austausch mit potenziellen Anbieter:innen zur Verfügung zu stellen oder verwaltungsintern Austauschplattformen für Best Practices zu schaffen. Gleichzeitig müssen sich Start-up-Mitarbeiter:innen mehr Wissen über die Vergabe aneignen, damit Ängste abgebaut werden und sich eher für eine Teilnahme an einer Ausschreibung entschieden wird.

Good Practice: Das Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) des BMWK stellt Materialien für innovative Anbieter:innen bereit

8. Innovation in der Vergabe zulassen und nutzen

Problem: Wenn neue Formen der Vergabe entstehen, werden sie häufig nicht großflächig genutzt, wodurch Potenzial verloren wird.

Lösungsansatz: Neue, innovative Ideen, wie Experimentierklauseln, Ausschreibungen nach Konzept und nicht nach Preis oder der Einsatz von Innovationsfonds, müssen stärker geteilt werden, damit diese auch großflächig eingesetzt werden können.

Good Practice: GovTechHH, die Venture Client-Einheit der Senatskanzlei Hamburg

Hintergrund

Die Verwaltungsdigitalisierung kann von der Zusammenarbeit mit Start-ups und Organisationen in den Bereichen GovTech und Civic Tech profitieren. In Deutschland wird dieses Potenzial allerdings noch nicht ausgenutzt. Laut einer aktuellen Publikation von ÖFIT und Possible (ehemals PUBLIC Deutschland) unter dem Titel »Kooperation zwischen GovTech-Start-ups und der öffentlichen Verwaltung«, die auf den Ergebnissen einer Befragung von GovTech-Start-ups basiert, finden Start-ups und die öffentliche Verwaltung in Deutschland trotz des Innovationspotenzials solcher Kooperationen noch nicht systematisch zusammen. Herausforderungen wie fehlendes Vertrauen oder schwierige Vergabeverfahren verhindern derzeit eine florierende Zusammenarbeit. Viele solcher Herausforderungen – etwa Dateninfrastruktur, fehlendes Verwaltungspersonal und komplexe Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen – betreffen auch die Civic Tech-Szene. Aus diesem Grund kann es für GovTech und Civic Tech gewinnbringend sein, sich zusammenzuschließen und sich mit der öffentlichen Verwaltung stärker zu vernetzen.

Aus diesem Grund sollte der von ÖFIT organisierte Workshop Expert:innen aus GovTech, Civic Tech und Verwaltung vernetzen und einen Austausch untereinander fördern. Ziel war es, die wesentlichen Hürden in der Zusammenarbeit herauszuarbeiten und hierfür Lösungsansätze und politische Forderungen zu entwickeln. Die vier oben beschriebenen Hauptherausforderungen wurden identifiziert und im World-Café-Format diskutiert. Bei jeder Herausforderung wurden die jeweiligen Bedarfe von GovTech, Civic Tech und Verwaltung betrachtet und entsprechende Forderungen bzw. Lösungsansätze entwickelt.

Aus dem Workshop ergab sich, dass grundsätzlich starkes Interesse an einer Vernetzung der öffentlichen Verwaltung mit GovTech und Civic Tech besteht und gerade das Zusammendenken von Civic Tech und GovTech für alle drei lohnend sein kann. Die hier präsentierten Ergebnisse umfassen somit lediglich erste Forderungen und Ideen, die aus der Kooperation der Workshopteilnehmenden entstanden sind. Dieser Aktionsplan dient daher als Startpunkt für einen weiteren ko-kreativen Prozess, in dem die Verwaltung und alle interessierten Organisationen die Ergebnisse aufgreifen und weiterentwickeln können. Wir freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen und Ideen und weitere Mitstreiter!

Kompetenzzentrum Öffentliche IT
Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
Bertelsmann Stiftung
CityLAB Berlin
Locaboo
NExT Netzwerk
Polyteia
Possible

Kontakt

Sofie Voigt
Kompetenzzentrum Öffentliche IT (ÖFIT)
Tel.: +49 30 3463-7173
info@oeffentliche-it.de

Fraunhofer-Institut für
Offene Kommunikationssysteme FOKUS
Kaiserin-Augusta-Allee 31
10589 Berlin

www.fokus.fraunhofer.de

www.oeffentliche-it.de

X: @OeffentlicheIT

mastodon.social/@OeffentlicheIT



Das letzte Abrufdatum der
Onlinequellen ist der 03.06.2024.

Fotos: unsplash.com
Seite 1: Frantisek Duris
Seite 4: Sean Benesh

06124



Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Fraunhofer
FOKUS

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages